

presse

Rote Karte gegen Kinderarbeit: Bundesregierung muss endlich entschieden handeln

Anlässlich des Internationalen Tags gegen Kinderarbeit am 12. Juni und der am 14. Juni anstehenden Plenardebatte zum Thema erklären die Kinderbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion Marlene Rupprecht, der menschenrechtspolitische Sprecher Christoph Strässer und die zuständige Berichterstatterin im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Karin Roth:

Ob Fußbälle, Kakaoerzeugnisse oder Grabsteine – viele Produkte, die auch auf den deutschen Markt gelangen, stammen aus ausbeuterischer Kinderarbeit. Deswegen muss die Bundesregierung entschieden gegen Kinderarbeit auf nationaler und internationaler Ebene vorgehen.

Kinderarbeit ist ein Verbrechen und eine besonders subtile Form von Gewalt gegen Kinder. Zwar ächten internationale Abkommen wie die ILO-Kernarbeitsnorm 182 ausbeuterische Kinderarbeit, aber nach wie vor arbeiten täglich über 200 Millionen Kinder weltweit. Fast die Hälfte der arbeitenden Jungen und Mädchen haben keine Möglichkeit, eine Schule zu besuchen. Kinderarbeit ist ein Hauptgrund, der einen regulären Schulbesuch von Kindern verhindert. Bildung ist aber ein wichtiger Schlüssel zur Bekämpfung von Armut und ausbeuterischer Kinderarbeit.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, konkrete Maßnahmen umzusetzen, um ausbeuterische Kinderarbeit aktiv zu bekämpfen. Bislang hat Schwarz-Gelb es versäumt, bei der Bekämpfung der weltweiten Kinderarbeit eine Vorreiterrolle einzunehmen.

Die Bundesregierung muss sich für ein Verbot von Kinderarbeit bei allen EU-Handelsabkommen einsetzen und ein Importverbot von Waren, die durch ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt wurden, prüfen. Sie muss stärker auf

Unternehmen einwirken, alle relevanten Produktionsschritte zu kontrollieren, um ausbeuterische Kinderarbeit für ein Endprodukt möglichst ausschließen zu können. Ein wichtiger Schritt wäre ein einheitliches Zertifizierungssystem für die gesamte Produktions- und Lieferkette von Produkten, entsprechend des Vorbildes Internationale Rohstofftransparenz-Initiative EITI.

Auch Ministerien und Behörden sind verpflichtet, die Anschaffung von Produkten, die durch ausbeuterische Kinderarbeit entstanden sind, möglichst auszuschließen. Die Bundesregierung muss endlich Vorschläge auf den Tisch legen, damit soziale und ökologische Mindeststandards bei der öffentlichen Vergabe angewendet werden. Notwendig sind auch eine bessere Aufklärung für Verbraucherinnen und Verbrauchern, insbesondere für Kinder und Jugendliche über Produkte aus Kinderarbeit und deren Hintergründe.